



Herbst der Reformen

ZEICHNUNG: JÜRGEN TOMICEK

Von Frankreich lernen, heißt scheitern lernen

Das interessanteste politische Spektakel bot in dieser Woche Frankreich. Es war auch das in der öffentlichen Wahrnehmung am meisten vernachlässigte. Dort droht zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres, die Regierung zu kollabieren. Sie hat in der Nationalversammlung keine eigene Mehrheit, und Ministerpräsident François Bayrou schafft es nicht, einen Haushalt durch das Parlament zu bringen. Deswegen stellt er Anfang September die Vertrauensfrage – und wird sie wohl gegen ein informelles Bündnis aus Linken, Grünen und Rechtsradikalen verlieren. Der Zentrist Bayrou und Staatspräsident Emmanuel Macron ernten, was Generationen französischer Politiker vor ihnen durch Verschwendung und Reformverweigerung gesät haben. Es ist ein Erbe, das auch Deutschland blühen wird, geht es den eingeschlagenen französischen Weg – Verschuldung bei gleichzeitiger Reform-Apathie – weiter.

In Frankreich resultiert die Klemme aus einer Zangenbewegung zweier politischer Entwicklungen.

■ **Zum einen** ist da hemmungslose Verschuldung. Das Wachstum stagniert seit Corona. Die Staatsverschuldung liegt bei 114 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) und steigt weiter. Das Defizit beträgt 5,4 Prozent des BIP. Die Euro-Verträge erlauben drei. Gesamtverschuldung: unfassbare 3,3 Billionen Euro. Frankreich muss inzwischen höhere Zinsen als Griechenland bieten, um seine Anleihen an den Märkten loszuwerden. Die Steuer- und Abgabenquote ist dagegen eine der höchsten aller OECD-Länder. Am Mittwoch warnte Finanzminister

Hohe Schulden und Reformverweigerung: Wohin das führt, kann man in Frankreich erleben. Die Bundesregierung sollte das als Warnung, nicht als Vorbild betrachten, sagt Alexander Will.

Eric Lombard, es bestehe die Gefahr, dass der Internationale Währungsfonds Frankreich retten müsse.

Das ist richtig, denn das Land sitzt in der Schuldenfalle: Wenn der Staat immer mehr Geld borgt, klettern seine Finanzierungskosten, also jener Teil seiner Einnahmen, die er für Zinsen ausgeben muss. Bei geringem Wirtschaftswachstum führt das über einen längeren Zeitraum

in den Staatsbankrott. Inzwischen muss Paris 6,5 Prozent des Budgets für Zinsen ausgeben. In Deutschland sind es (noch) weniger als drei.

■ **Zum anderen** ist da Reformunwilligkeit, obwohl das Problem erkannt wurde. Die französischen Parteien der Mitte verweigerten sich, als die Mehrheitsverhältnisse es noch hergaben, jeder Reform des aufgeblähten Sozialstaates, schaufelten vielmehr immer noch mehr Ressourcen in diese Geldvernichtungsmaschine. Gleichzeitig brachten ihre zahnlosen Mini-Reformen, die gegen die französische Krankheit wirkungslos blieben, das Wahlvolk gegen sie auf und pulverisierten ihre Mehrheiten. Bestes Beispiel: die Rente. Frankreich hatte

über Jahrzehnte ein absurd niedriges Pensionsalter: 62 Jahre. Aber das war nur nominell der Fall. In Wirklichkeit gingen vor allem Angehörige privilegierter Berufe – also Stahl- und Bergarbeiter oder Staatsangestellte – häufig schon mit 55 in Pension.

Macrons Versuch, das Rentenalter bis 2030 auf 64 Jahre zu erhöhen, führte 2023 zu massiven Protesten. In OECD-Vergleich wäre ein Rentenalter von 64 noch immer eines der niedrigsten. Dabei ist die Höhe der Renten im Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten gleichzeitig eine der höchsten. Das Defizit des Rentensystems ist enorm. 2030 wird es bei rund 14 Milliarden Euro liegen – im Jahr. Die Macron-Reformen haben an diesen Zuständen nichts geändert – außer, dass sie Widerstand anfachten. Macron ist eben keine Margaret Thatcher, die einst Großbritannien mit echten, konsequenten Reformen gegen alle Widerstände auf einen neuen Weg brachte und sich nicht mit Kosmetik zufriedengab.

Verschuldung wie Reformverweigerung führen nun zu potenzieller Unregierbarkeit. Profiteure: eine Links-Rechts-Querfront vom rechtsradikalen RN bis zur Linksaußen-Partei LFI und den Kommunisten. Alle bedienen sich hemmungslos Sozialpopulismus. Eine neue Bewegung spiegelt das. Im Internet ent-

standen, ruft „Bloquons tout!“ (Blockieren wir alles) für den Tag der Vertrauensabstimmung zum Generalstreik auf. Ausgegangen ist sie von einer konservativen Telegram-Gruppe, wurde dann aber schnell von linken Parteien gekapert.

■ **Ist das alles weit weg?** Kein bisschen! Frankreich liegt heute in Deutschland. Die Autobahn in die Schuldenkrise hat die CDU/SPD-Regierung mit dem „Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität“ betoniert, dem größten Schuldenpaket aller Zeiten. Man kann voraussagen, dass alle möglichen Begehrlichkeiten es weniger zu einem Investitions- als vielmehr zu einem Konsum-Paket machen werden. Am Dienstag warnte der Bundesrechnungshof, der Investitionsbegriff sei schwammig. Der Bund müsse sicherstellen, dass die Schulden nicht in den Konsum fließen. Zudem seien die Ziele unklar, also „was bis wann verbessert werden soll“, und es bestehe die Gefahr, dass der schuldenfinanzierte Nachfrageschub die Inflation anheize.

Reformverweigerung grassiert in Deutschland wie in Frankreich. Da kann der Kanzler noch so viel vom „Herbst der Reformen“ reden, er bleibt einer vom Stamme „Weiter so“. Rente, Bürgergeld, Kranken- und Pflegeversicherung, Energie und jene Ressourcen-Vergeudung, die unter dem Namen „Klimapolitik“ bekannt ist: Alles läuft wie geschmiert auf alten Gleisen weiter.

Der Koalitionspartner SPD flüchtet sich unterdessen in die letzte Zuflucht aller Linken, die ja noch nie mit Geld umgehen konnten: Steuererhöhungen. Was die angeht, genügt ein Blick nach Großbri-

„Reformverweigerung grassiert in Deutschland wie in Frankreich. Da kann der Kanzler noch so viel vom ‚Herbst der Reformen‘ reden, er bleibt einer vom Stamme ‚Weiter so‘. Rente, Bürgergeld, Kranken- und Pflegeversicherung, Energie und jene Ressourcen-Vergeudung, die unter dem Namen ‚Klimapolitik‘ bekannt ist: alles läuft wie geschmiert auf alten Gleisen weiter.“

tannien, dort hat die Schwesterpartei der SPD massiv Steuern erhöht, plant weitere „tax hikes“ und löste so eine massive Kapitalflucht aus.

■ **Was also tun?** Diese Regierung muss sich zusammenreißen und eine Reformagenda mit ihrer Mehrheit durchsetzen, deren Grundsatz Eigenverantwortung und Eigentumsschutz sind. Geschieht dies nicht, geht das Land den französischen Weg. Es wird zu einem verschuldeten Hochsteuerland, das wie ein Junkie nach den vermeintlichen Vorteilen einer Weichwährung giert, damit den Euro ruiniert und ökonomische Freiheit kastriert. Hinzukommen – anders als in Frankreich, wo die Eisenbahn funktioniert und Strom billig nach Bedarf produziert wird – marode Infrastruktur und enorm teurer Strom. Parallel werden die Mehrheiten jener Parteien, die sich selbst als „Mitte“ bezeichnen und die sich heute auf Reformchen statt Reformen verlegen, zwischen roten und blauen Sozialpopulisten und ihren grünen Helfern zerrieben werden. Das wäre dann der Weg in einen violetten Querfront-Sozialismus.

@ Den Autor erreichen Sie unter Will@infoautor.de



Dr. Alexander Will ist Mitglied der Chefredaktion und politischer Kommentator in der Northwest Mediengruppe.

BILD: BICHMANN